

Wahlverhalten, Parteiensystem und Koalitionsszenario im Vorfeld der Bundestagswahl 2017

Eckhard Jesse

Zusammenfassung

Die Flüchtlingskrise mit ihren Folgen bestimmt das jüngste Wahlverhalten. Dies erklärt das starke Aufkommen der AfD. Das Parteiensystem scheint sich auf Bundesebene zu einem Sechsparteiensystem zu erweitern. Dadurch wird eine Koalition aus einer großen und einer kleinen Partei, die einem „Lager“ angehören, stark erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Hingegen dürfte die Union nach der Bundestagswahl 2017 in einem asymmetrischen Parteiensystem wieder den Bundeskanzler zu stellen, auch wenn die SPD nach der Nominierung von Martin Schulz einen Höhenflug erlebt hat.

Kommende Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, heißt es. Das gilt auch für die Bundestagswahlen 2017. Die Ergebnisse bei den „Nebenwahlen“ im Saarland (am 26. März), in Schleswig-Holstein (7. Mai) und in Nordrhein-Westfalen (14. Mai) gelten als Vorboten für den Ausgang der „Hauptwahl“ am 24. September 2017. Die Positionen von Parteien in dieser und jener Frage werden „abgeklopft“, ob sie ihnen bei der „großen Wahl“ im Frühherbst nützen. Und manchem erscheint die Bildung von Koalitionen in den Ländern als eine Art Blaupause für den Bund. Das muss alles nicht so sein, doch in einem Bundestagswahljahr sind derartige Überlegungen verbreitet.

Der Beitrag liefert in einem ersten Teil eine Übersicht zu den Landtagswahlen von 2014 bis 2016, stellt im zweiten den augenfälligen Wandel des Parteiensystems dar und gibt im dritten einen Ausblick auf die Koalitionsoptionen nach der Bundestagswahl 2017. Was sich bereits jetzt abzeichnet: Vor allem durch das Aufkommen der „Alternative für Deutschland“ wird dem Ausgang der Bundestagswahl so entgegengefie-



Prof. em. Dr. Eckhard Jesse
Institut für Politikwissenschaft, TU Chemnitz

bert wie nie zuvor. Wie werden die Bundestagsparteien abschneiden – die Union unter Angela Merkel nach der Flüchtlingskrise und dem Streit zwischen der CDU und der CSU um eine Obergrenze, wie die SPD, die im Vorfeld mit ihrem im Januar ernannten Kanzlerkandidaten Martin Schulz deutlich zugelegt hat, wie die Grünen unter ihren Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir, denen das zentrale Thema „Sicherheit“ nicht in die Hände spielt, wie Die Linke, die mit ihren beiden Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch eine innerhalb der eigenen Reihen nicht ganz unumstrittene Doppelspitze im Wahlkampf bildet? Und wie können die beiden 2013 knapp an der Fünfprozenthürde gescheiterten Parteien reüssieren – die FDP, die unter ihrem unumstrittenen Vorsitzenden Christian Lindner das Tief von 2013 überwunden zu haben scheint, und die AfD, die angesichts der Flüchtlingskrise ein selbst von ihr nicht für möglich erachtetes Hoch erlebt, und zwar trotz heftiger interner Kontroversen, so dass bisher nicht feststeht, ob Frauke Petry, neben Jörg Meuthen Bundessprecher(in) der Partei, zur alleinigen Spitzenkandidatin avanciert?

1. Wahlverhalten seit der Bundestagswahl 2013

Die letzte Bundestagswahl endete – bezogen auf Stimmen und Mandate – mit einem paradoxen Ergebnis. Obwohl die Parteien „rechts“ der Mitte (die Union, die FDP und die AfD) mehr Stimmen und die Parteien „links“ der Mitte (die SPD, Bündnis/Die Grünen, Die Linke) weniger Stimmen erhielten als 2009, war dies bei den Mandaten umgekehrt. Der Grund: FDP und AfD scheiterten mit 4,8 und mit 4,7 Prozent knapp an der Fünfprozenthürde.

Die Linke, für die SPD erneut nicht als bundesfähig geltend, provozierte damit eine Große Koalition.¹ Allerdings sind zwei gravierende Unterschiede gegenüber 2005 erkennbar, als auch eine Große Koalition gebildet wurde: Zum einen gab es 2013 eine arithmetische, allerdings keine politische Mehrheit für eine Koalition aus Schwarz-Grün, zum anderen konnte die FDP nach ihrem besten Ergebnis bei der Bundestagswahl 2009 (14,6 Prozent) die Fünfprozentklausel nicht überwinden. Schwarz-Gelb hatte mehr Stimmen als Rot-Grün-Rot, aber eben nicht mehr Mandate. Das Scheitern der Liberalen an der Fünfprozenthürde fußte auf vielen Ursachen. Ein Grund liegt in der falschen Koalitionsstrategie des „bürgerlichen“ Lagers am Ende des Wahlkampfes: Die FDP übertrieb es nach dem für sie schlechten Ausgang bei der bayerischen Landtagswahl eine Woche vor der Bundestagswahl mit dem „Koalitionswahlkampf“ (Stichwort: „Leihstimmenkampagne“), die Union hingegen vermied jeden „Koalitionswahlkampf“, um keine Zweitstimmen an die FDP abgeben zu müssen. Die Liberalen hätten wissen müssen: Der Ausgang der bayerischen Landtagswahl mit dem starken Abschneiden der Freien Wähler bedeutet wenig für den Ausgang bei der Bundestagswahl, und die Politiker der Union: Für die Fortsetzung der Koalition der Stimmen bedarf es der Mandate der FDP. Der Union wäre als stärkster politischer Kraft ohnehin das Amt des Bundeskanzlers zugefallen (beim Fehlen einer „bürgerlichen“ Mandatsmehrheit).

Bei der ersten Stimmabgabe nach der Bundestagswahl 2013, der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, konnten erneut alle Bundesbürger teilnehmen. Ihr gingen Querelen um die Sperrklausel voraus. Die Fünf-Prozent-Hürde, die von der ersten Europawahl 1979 an galt, hatte das Bundesverfassungsgericht für nicht rechtmäßig erklärt. Der Bundestag reagierte halbherzig und etablierte eine Drei-Prozent-Hürde. Auch diese Regelung „kassierte“ das Gericht (im Februar 2014). Durch die Ab-

schaffung der Klausel sei die Funktionsfähigkeit des Parlaments nicht bedroht. Die mögliche Konsequenz der Neuregelung: verstärkte Repräsentanz kleinerer Parteien im Parlament. Allerdings schnitten die Splitterparteien nicht besser ab als bei der vorherigen Wahl. Die Union siegte auch bei dieser Europawahl (trotz Verlusten) klar vor der SPD (trotz Gewinnen). Bündnis 90/Die Grünen mussten ebenso wie die Partei Die Linke (knappe) Verluste hinnehmen. Das Ergebnis für die beiden Parteien, die hauchdünn den Einzug in den Bundestag verpasst hatten, fiel höchst unterschiedlich aus: Die AfD erreichte auf Anhieb 7,1 Prozent, die FDP mit 3,4 Prozent nicht einmal die Hälfte.

Da in fast allen Bundesländern die Wahlperiode fünf Jahre beträgt und aufgrund der Stabilität der Landesregierungen vorzeitige Neuwahlen ausblieben, fanden nach der Bundestagswahl 2013 nur zehn Landtagswahlen statt (und gibt es noch drei bis zur Bundestagswahl 2017). Die Ergebnisse waren zum Teil gegenläufig (die im Bund regierenden Parteien verloren eher, die Oppositionsparteien gewannen im Vergleich zum letzten Wahlgang eher), zum Teil gleichgerichtet (vgl. Tabelle 1). Der letzte Punkt betrifft vor allem das überaus positive Abschneiden der AfD. Nicht nur die Union verlor an die AfD, sondern auch die SPD und die Partei der Linken, deren eher sozial schwache Wählerschicht sich für Parolen der AfD empfänglich zeigt. Diese zog in alle zehn Landtage ein, Bündnis 90/Die Grünen in neun, Die Linke in acht und die FDP in fünf.

Tabelle 1: Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2013 (in Prozent)

Land	Termin	CDU	SPD	B90/Gr.	Die Linke	FDP	AfD	Sonstige
Sachsen	31.8.2014	39,4	12,4	5,7	18,9	3,8	9,7	10,1
Thüringen	14.9.2014	33,5	12,4	5,7	28,2	2,5	10,6	7,2
Brandenburg	14.9.2014	23,0	31,9	6,2	18,6	1,5	12,2	5,3
Hamburg	15.2.2015	15,9	45,6	12,3	8,5	7,4	6,1	4,2
Bremen	10.5.2015	22,4	32,8	15,1	9,5	6,6	5,5	8,0
Baden-Württemberg	13.3.2016	27,0	12,7	30,3	2,9	8,3	15,1	3,7
Rheinland-Pfalz	13.3.2016	31,8	36,2	5,3	2,8	6,2	12,6	5,0
Sachsen-Anhalt	13.3.2016	29,8	10,6	5,2	16,3	4,9	24,3	8,9
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2016	19,0	30,6	4,8	13,2	3,0	20,8	8,6
Berlin	18.9.2016	17,6	21,6	15,2	15,6	6,7	14,2	7,4

Quelle: Amtliche Wahlstatistiken.

Der Ausgang der drei Landtagswahlen 2014 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen ließ die Öffentlichkeit durch die großen Erfolge der AfD aufhorchen. Die FDP ist nun in allen drei Ländern nicht mehr im Landtag vertreten. Der Partei Die Linke gelang es, 25 Jahre nach der friedlichen Revolution mit Bodo Ramelow das Amt des thüringischen Ministerpräsidenten zu übernehmen. Von Wahl zu Wahl hatte sie sich gesteigert. Das Ergebnis von 28,2 Prozent ist das beste, das sie jemals bei einer Landtagswahl erreicht hatte. Die NPD schaffte in keinem der drei Bundesländer den Einzug in das Parlament, also auch nicht mehr in Sachsen (wie 2004 und 2009). Die Resultate für die beiden Volksparteien und für die Grünen fielen durchwachsen aus.

Die Wahlen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg 2015 bestätigten die SPD trotz der Stimmenverluste als eindeutigen Wahlsieger. Die CDU blieb als zweite Kraft klar dahinter, erst recht Bündnis 90/Die Grünen als dritte Kraft. Steigerte sich die Partei Die Linke in beiden Stadtstaaten (vierter Platz), so gelang dies auch der FDP. Sie lag damit vor der AfD, die jeweils knapp die Fünfprozenthürde überwand. Zu dieser Zeit stand noch der euro(pa)kritische Bernd Lucke an der Spitze der Partei. Er

musste nach einem Machtkampf bald dem Gespann um Frauke Petry und Jörg Meuthen Platz machen und verließ mit seiner Richtung die AfD, die nun bald einen Antiflüchtlings-Kurs einzuschlagen begann.

Der Ausgang der drei Wahlen am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und der beiden Wahlen im September in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin bedeutete für das Wahlverhalten eine Zäsur vor allem in zwei Punkten. Erstens: Die als rechtspopulistisch geltende AfD avancierte in Sachsen-Anhalt (24,3 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (20,8 Prozent) zur zweitstärksten Kraft, in Baden-Württemberg (15,1 Prozent) und Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent) jeweils zur drittstärksten. In Berlin langte es mit 14,2 Prozent zwar nur zum fünften Platz, aber sie lag damit lediglich knapp hinter der CDU, der Partei Die Linke sowie den Grünen. Die AfD schnitt in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Thüringen besser als die SPD ab, in Mecklenburg-Vorpommern besser als die CDU: Zweitens: Die großen Volksparteien CDU und SPD erreichten in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin keine 50 Prozent der Stimmen. In Sachsen-Anhalt entfielen auf sie sogar weniger Stimmen als auf die beiden populistischen Kräfte AfD und Die Linke. Und in Berlin erreichte die SPD als stärkste Kraft nur 21,6 Prozent, mit der CDU zusammen nicht einmal 40 Prozent. Das alles hatte es zuvor ebenso nicht gegeben wie die Etablierung der Grünen zur stärksten Kraft in einem Bundesland (Baden-Württemberg).

Wegen der in den letzten Jahren stark rückläufigen Wahlbeteiligung machten vielfältige Reformüberlegungen die Runde (z. B. „Wahlwochen“, „Wahlen im Supermarkt“)², um diesem Trend Einhalt zu gebieten. Sank die Wahlbeteiligungsquote noch bei sämtlichen Landtagswahlen 2014/15, so stieg sie 2016 überall, und zwar in einer Höhe von 4,1 bis 10,4 Punkten (vgl. Tabelle 2). Wie die Wahlforschung zeigen konnte, profitierte davon überproportional die AfD. Offenbar hatte ein Teil der bisherigen Nichtwähler den Eindruck, eine „echte“ Alternative zu den Etablierten sei nun vorhanden. Die Behauptung, eine höhere Wahlbeteiligung schwäche radikalere Kräfte muss in dieser Pauschalität ebenso wenig stimmen wie das Gegenteil: Eine niedrige Wahlbeteiligung nütze Flügelparteien.

Tabelle 2: Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen seit den Bundestagswahlen 2013 im Vergleich zu den Wahlen davor (in Prozent: Abweichungen in Prozentpunkten)

Sachsen	49,1	(-3,1)
Thüringen	52,7	(-3,5)
Brandenburg	47,9	(-19,1)
Hamburg	56,5	(-0,8)
Bremen	50,2	(-5,3)
Baden-Württemberg	70,4	(+4,1)
Rheinland-Pfalz	70,4	(+8,6)
Sachsen-Anhalt	61,1	(+9,9)
Mecklenburg-Vorpommern	61,9	(+10,4)
Berlin	66,9	(+6,7)

Quelle: Amtliche Wahlstatistiken.

Diesmal, anders als 2013, meint es der Wahlkalender mit der FDP gut. Nordrhein-Westfalen, die Heimat des Spitzenkandidaten Christian Lindner, ist eine Hochburg der Partei. Allerdings muss er den Wählern erklären, dass der Landtag in Düsseldorf für ihn nur ein Sprungbrett für die parlamentarische Berliner Bühne ist. Und in

Schleswig-Holstein, ebenfalls ein starkes „FDP-Land“, kandidiert Wolfgang Kubicki, Lindners Stellvertreter. Wie der Ausgang der Wahl in Bayern 2013 der FDP geschadet hat, kann ihr der in Nordrhein-Westfalen 2017 nützen.

Der Ausgang von Landtagswahlen („Nebenwahlen“) ist allenfalls bedingt ein Indikator für den Ausgang der Bundestagswahlen („Hauptwahlen“), wie beispielsweise das Jahr 2013 illustriert. So triumphierte die Union, obwohl sie bei den Landtagswahlen zuvor zum Teil herbe Verluste hinnehmen musste. Ein Grund: Die Hauptregierungspartei im Bund wird bei Landtagswahlen „abgestraft“. Hinzu kommt wegen der nachlassenden Bindung an Parteien das hohe Ausmaß an Volatilität. Zudem entscheiden die Bürger kurzfristiger. Ein markantes Ereignis, etwa ein schlimmes Attentat durch Fundamentalisten, kurz vor der Bundestagswahl, kann sämtliche Vorhersagen über den Haufen werfen.

2. Parteiensystem und Parteien

Die These vom Wandel des Parteiensystems kommt einer Binsenweisheit gleich. Aber in Deutschland scheint diese Veränderung besonders drastisch zu sein. Das hiesige Parteiensystem war vor der deutschen Einheit lange ein Hort der Stabilität. Nach anfänglicher parteiförmiger Buntscheckigkeit, die für ängstliche Gemüter das Gespenst von Weimar heraufbeschwor, passierte bei der Bundestagswahl 1953 ein „Wahlwunder“ (Dolf Sternberger): Die Union erreichte die absolute Mehrheit der Mandate und 1957 sogar die absolute Mehrheit der Stimmen. Von 1961 bis 1980 gab es ein Dreiparteiensystem mit der FDP als der Scharnierpartei, in den achtziger Jahren durch die Etablierung der Grünen ein Vierparteiensystem mit zwei Blöcken: Schwarz-Gelb versus Rot-Grün. Mit der deutschen Einheit, entstand durch die PDS (1990-2005), die Linkspartei (2005-2007) bzw. Die Linke (seit 2007) ein Fünfparteiensystem. Nun steuert Deutschland auf ein Sechsparteiensystem zu: Neben den beiden Volksparteien sowie den rechts- und linkspopulistischen Kräften (AfD auf der einen, Die Linke auf der anderen Seite; jeweils stärker in den neuen als in den alten Bundesländern) behaupten sich die Grünen und wohl auch die Liberalen. Das deutsche Parteiensystem hat damit europäische „Normalität“ angenommen. Die Ursachen für den Wandel sind vielgestaltiger Natur, struktureller, z. B. Erosion der herkömmlichen Milieus, und situativer, etwa die Flüchtlingskrise. Die als „alternativlos“ geltende „Konsenspolitik“ hat populistische Proteste provoziert. Populismus, ein schwammiger Begriff, ist vor allem ein Politikstil, der „das Volk“, in dieser Lesart eine homogene Einheit, durch einfache Lösungen gegen die als abgehoben betrachteten Eliten („die da oben“) auszuspielen sucht. Populismus muss nicht extremistisch sein, kann es aber.

Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit bremste lange das erfolgreiche Aufkommen einer politischen Kraft, die mit Hinweis auf die deutsche Identität Punkte zu sammeln sucht, und die Existenz einer starken linken Protestpartei bildete zusätzlich ein Hemmnis. Aber der nicht nur subkutane Wandel der Union (mehr der CDU als der CSU) zu einer Partei, die kaum noch frühere Positionen aus dem konservativen Lager vertritt, hat eine „Repräsentationslücke“ (Werner Patzelt) entstehen lassen, die nun eine neue Kraft füllt. Wie es der SPD in den achtziger Jahren misslang, das Reüssieren der Grünen zu verhindern, so dürfte heutzutage die Union nicht mehr die Abwanderung von Wählern zur AfD einfangen. Diese stellt auf die nationale Identität ab und besetzt damit eine gesellschaftliche Konfliktlinie. Die These vom „fluiden Fünfparteien-

system“ (Oskar Niedermayer), gekennzeichnet durch eine offene Wettbewerbssituation, bedarf daher, jedenfalls bezogen auf die Zahl der Parteien, einer Relativierung.

Nach der Bundestagswahl 2017 dürfte Deutschland kein Parteiensystem mit einer Zweiparteiendominanz mehr haben (wie zwischen 1961 und 2009 sowie zwischen 2013 und 2017). Dieses ist durch drei Kriterien gekennzeichnet: Die beiden größten Parteien besitzen jeweils über mehr als ein Viertel der Sitze; sie verfügen zusammen über mindestens zwei Drittel der Mandate; und die drittstärkste Kraft erhält allenfalls die Hälfte der zweitstärksten.³ Zwischen 2009 und 2013 waren diese Merkmale wegen der stärkeren Fragmentierung ebenso nicht erfüllt. Durch die AfD nimmt die Segmentierung ebenso zu wie die Polarisierung.

Wie stehen die Parteien da? Angela Merkel hatte mit ihrer Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ (Matthias Jung) die linken Oppositionsparteien geschwächt. Deren Anhänger blieben vermehrt zu Hause. Durch die Annäherung der Union an die SPD in zentralen Fragen (etwa beim Ausstieg aus der Kernenergie oder bei der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft) ist mit der AfD nicht zuletzt deshalb eine neue politische Kraft entstanden. Dieser Befund hat im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise für Verwerfungen zwischen der CDU und der CSU gesorgt. Die bayerische Schwesterpartei fürchtet(e), stark auf den Freistaat fixiert, durch die Öffnung der CDU werde die Stammwählerschaft vergrätzt – diese wende sich der AfD zu. Allerdings ist die Union ungeachtet mancher Verluste immer noch die klar dominierende Kraft im Parteiensystem: Paradox genug: wegen Angela Merkel *und* Horst Seehofer.

Für die SPD zahlt sich – wie zwischen 2005 und 2009 und anders als zwischen 1966 und 1969 – ihre Rolle als Juniorpartner der Union offenkundig nicht aus. Obwohl sie in der Großen Koalition eine Reihe ihrer Ziele durchsetzen (etwa den Mindestlohn für Arbeitnehmer, die Rente mit 63 nach 45 Jahren Beitragszahlung, den Doppelpass für Immigranten, die gesetzliche Frauenquote) und sogar beim Kampf um das Amt des Bundespräsidenten mit dem beliebten Außenminister Frank-Walter Steinmeier reüssieren konnte, kommt sie wohl nicht annähernd an die Union heran, vielleicht deshalb, weil ihr der Markenkern fehlt. Gleiches galt für Sigmar Gabriel, der mit seinem als sprunghaft empfundenen Verhalten in seinen Popularitätswerten klar hinter der unpräzisen Angela Merkel rangierte und daher darauf verzichtete, als Kanzlerkandidat anzutreten. Ob dies bei Martin Schulz auf längere Zeit anders sein dürfte?

Die Linke scheint das Debakel vom Göttinger Parteitag 2012 – eine Spaltung lag in der Luft – überwunden zu haben. Den beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger ist der Zusammenhalt der Partei einigermaßen gelungen. Gleichwohl stehen sich systemüberwindende (vor allem im Westen) und reformerische, stärker pragmatisch ausgerichtete Kräfte (vor allem im Osten) nach wie vor gegenüber. Durch die Flüchtlingskrise ist ein weiterer Konflikt ausgebrochen: Die Richtung um Sahra Wagenknecht, lange Repräsentantin der Kommunistischen Plattform, befürwortet ein stärkeres Eingehen auf die Ängste der Bevölkerung, auch der eigenen Wählerschaft, und sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, rechten Populismus zu begünstigen.

Die postmaterialistisch orientierten Grünen müssen zwar am wenigsten Angst vor einem Beutezug der AfD in ihrem zum Teil hedonistisch ausgerichteten Wählerreservoir hegen, aber das dominante Thema Sicherheits- und Flüchtlingspolitik, das bei der Bundestagswahl 2017 vermutlich alles überlagert, bringt sie in die Defensive. Mit uneingeschränkter Willkommenskultur sind wohl kaum Stimmen zu gewinnen wie mit „Gender-Mainstreaming“. Die harte Kritik an der autoritären Politik Putins in Russland ist ebenso wenig beliebt. Die vielen Optionsmöglichkeiten der Partei stehen nicht nur für Stärke, sondern auch für Schwäche. Sie könnten eine Zerreißprobe bedeuten.

Nach dem so plötzlichen wie unerwarteten Scheitern an der Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl 2013 haben sich die Aussichten für die FDP, die mit dem negativen Image einer Klientelpartei behaftet ist, allmählich verbessert, auch durch die Flüchtlingspolitik Merkels und durch die Kritik der Liberalen an ihr. Zunehmend dominiert der Eindruck: Deutschland braucht eine Partei, die alle wichtigen und richtigen Entscheidungen in der West-, Ost- wie Deutschlandpolitik mitgetragen hat und „weniger Staat“ fordert – eine politische Kraft, die stärker als die Konkurrenz an die Verantwortung des Individuums appelliert.

Die AfD ist nicht fixiert auf die Kritik an der zeitweise weithin unkontrollierten Einwanderung, wiewohl dieses Thema, das Emotionen beflügelt, im Vordergrund steht. Neue politische Gruppierungen üben Anziehungskraft auf politische Glücksritter und Traumtänzer aus. Das gilt ebenso für die AfD, die sich als Anti-68er-Bewegung begreift. Sollten die internen Streitigkeiten, einerseits bedingt durch Kämpfe zwischen Gemäßigten und Hardlinern, andererseits durch personelle Animositäten, keine überbordenden Ausmaße annehmen, kann die Partei auch auf Bundesebene Wurzeln schlagen. Will sie länger erfolgreich sein, muss sie radikale Strömungen zurückdrängen. In welche Richtung sich diese Kraft entwickelt, ist schwer auszumachen.

Als die Piratenpartei 2011 in das Berliner Abgeordnetenhaus mit 8,9 Prozent einzog und im nächsten Jahr in die Landtage des Saarlandes (7,4 Prozent), Schleswig-Holsteins (8,2 Prozent) sowie Nordrhein-Westfalens (7,8 Prozent) gingen manche Beobachter von einer bundesweiten Etablierung der Partei aus. Doch ihr Resultat bei der Bundestagswahl 2013 mit 2,2 Prozent fiel ernüchternd aus, und seit den Landtagswahlen 2014 fällt sie in die pure Bedeutungslosigkeit zurück. Ihr wenig professionelles Personal und ihr Einthemen-Programm („Freiheit im Netz“) stoßen beim Elektorat auf Desinteresse. Weder die Angebots- noch die Nachfrageseite spricht für eine Etablierung dieser Kraft.⁴

Die Aussichten der Partei des harten Rechtsextremismus, der NPD, sind zappenduster, wiewohl das Bundesverfassungsgericht sie im Januar 2017 wegen mangelnder Relevanz nicht verboten hat. Die NPD, die eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ propagiert, ist in der Mehrheitskultur isoliert, nicht nur im Westen, sondern mittlerweile auch im Osten Deutschlands. Nach ihrem Scheitern in Sachsen (2014) und in Mecklenburg-Vorpommern (2016) in keinem Landesparlament mehr vertreten, spielt die finanziell klamme und ideologisch zerstrittene Partei keine Rolle, geächtet, nicht geachtet.

Die Zahl der Mitglieder ist seit der deutschen Einheit bei der SPD um mehr als die Hälfte gesunken, bei der CDU fast um die Hälfte.⁵ Beide Volksparteien haben nur noch rund 440.000 Mitglieder. Ein Menetekel ist das hohe Durchschnittsalter von 60 Jahren. Die Zahl der FDP-Mitglieder (über 53.000) und vor allem die der Mitglieder der Partei Die Linke (über 58.000) hat sich sogar stärker reduziert. Besonders in den neuen Bundesländern ist die Rekrutierungsfähigkeit schwach. So sind bei den Grünen dort keine 5.000 Mitglieder beheimatet. Aus dem Rahmen fallen zwei Parteien: Der Mitgliederbestand der Grünen liegt seit Jahren bei etwa 60.000, und die junge AfD weist vier Jahre nach ihrer Gründung im Februar 2013 mit 26.000 eine steigende Tendenz auf.

3. Koalitionsszenarien

Deutschland ist eine Koalitionsdemokratie. Von 1982 bis 1998 gab es eine schwarz-gelbe, von 1998 bis 2005 eine rot-grüne Lager-Koalition. Eine Große Koalition wurde 2013 notwendig, da die SPD mit der Partei Die Linke, wie im Wahlkampf begründet, kein Bündnis eingehen wollte, und Bündnis 90/Die Grünen keine Koalition mit der Union, obwohl die Partei dies zuvor nicht eigens ausgeschlossen hatte. Die eigenen Verluste und die massiven Gewinne der Union machten ihr ein solches Zusammengehen wohl unmöglich.

Nahezu unmittelbar nach der Bundestagswahl erklärten Grüne und SPD die „Ausschließertis“ (Tarek Al-Wazir) für beendet. Die Grünen zogen auf ihrem Berliner Parteitag im Oktober 2013 die Konsequenz aus dem dreimaligen Scheitern von Rot-Grün und damit aus ihrer Oppositionsrolle von 2005 an, befürworteten offensiv andere Koalitionsoptionen wie Rot-Grün-Rot und Schwarz-Grün. Und die SPD verabschiedete auf ihrem Bundesparteitag im November 2013 einen Leitantrag, wonach Koalitionen mit der politischen Konkurrenz nicht auszuschließen seien – bis auf rechtsextremistische und -populistische Parteien. Sie will nicht bloß Juniorpartner in einer Großen Koalition sein, sondern wieder den Kanzler stellen. Allerdings sind nicht zuletzt wegen der außenpolitischen Haltung der Partei Die Linke, etwa mit Blick auf das Russland Putins, die Vorbehalte der SPD (und der Grünen) gegenüber der linken Konkurrenz gewachsen.

Die Bundestagsparteien, schließen, was die Bundesebene betrifft, Koalitionsoptionen immer weniger aus (für die FDP gilt das in gewisser Weise ebenso), so dass eine aus der Not geborene Große Koalition kaum in Frage kommen dürfte. Allerdings wird durch das Aufkommen der AfD manches relativiert: Erstens gehen alle etablierten Parteien auf Distanz zu dieser politischen Kraft, die somit nicht als koalitionsfähig gilt. Zweitens kann durch die parlamentarische Existenz der AfD doch wieder eine Große Koalition ins Spiel kommen, wenn etwa eine schwarz-grüne oder eine rot-grün-rote Mehrheit ausbleibt.

Tabelle 3: Regierungen vor und nach den Landtagswahlen 2014 bis 2016

	Vorher	Nachher
Sachsen	CDU – FDP	CDU – SPD
Thüringen	CDU – SPD	Die Linke – SPD – B90/Grüne
Brandenburg	SPD – Die Linke	SPD – Die Linke
Hamburg	SPD	SPD – B90/Grüne
Bremen	SPD – B90/Grüne	SPD – B90/Grüne
Baden-Württemberg	B90/Grüne – SPD	B90/Grüne – CDU
Rheinland-Pfalz	SPD – B90/Grüne	SPD – FDP – B90/Grüne
Sachsen-Anhalt	CDU – SPD	CDU – SPD – B90/Grüne
Mecklenburg-Vorpommern	SPD – CDU	SPD – CDU
Berlin	SPD – CDU	SPD – Die Linke – B90/Grüne

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Der Wandel des Parteiensystems hat Auswirkungen auf die jeweilige Koalitionsbildung in den Ländern (vgl. Tabelle 3) und im Bund. Diese hängt von vielen Unwägbarkeiten ab: von arithmetischen wie von politischen. Was nützt eine arithmetische Mehrheit für zwei Parteien, wenn ein politischer Konsens fehlt? So war es 2013 mit Schwarz-Grün⁶ im Bund. Umgekehrt gilt: Was nützt ein politischer Konsens, wenn ein

ne arithmetische Mehrheit fehlt? So könnte es 2017 mit Schwarz-Grün sein. Spiegelverkehrt gilt das für Rot-Rot-Grün. Diese Variante erwies sich 2013 als arithmetisch möglich, aber nicht als politisch. Und 2017 ist sie politisch möglich, jedoch wohl nicht arithmetisch. Allerdings stimmt die Parallele nicht ganz: Vor der Bundestagswahl 2013 hatte weder die Union noch Bündnis 90/Die Grünen eine schwarz-grüne Koalition ausgeschlossen, hingegen die SPD ein Bündnis mit der Partei Die Linke. Ansonsten wäre wohl eine rot-rot-grüne Mehrheit ausgeblieben, wollten doch manche Wähler der SPD und von Bündnis 90 um keinen Preis eine derartige Koalition.

Als Motive der Koalitionsbildung gelten gemeinhin „vote-seeking“, „office-seeking“ sowie „policy-seeking“. Dieses Dreierbündel genügt nicht: „Identity-seeking“ fehlt⁷, da die „Chemie“ zwischen den Partnern stimmen muss. Zum Beispiel gab es lange Zeit einen stark habituell bedingten Graben zwischen der Union(Nicht-68er) und den Grünen (68er); dieser hatte die Anbahnung erschwert, weniger das Ausmaß an inhaltlichen Differenzen.

Die gewachsene Fragmentierung des Parteiensystems erschwert die Koalitionsbildung. Ein Extrembeispiel: CDU und SPD mussten 2016 in Sachsen-Anhalt zur Erlangung einer regierungsfähigen Mehrheit mit den Grünen ein Bündnis eingehen. Damit ist zwar nicht für den Bund zu rechnen, aber herkömmliche Zweierkoalitionen (Schwarz-Gelb versus Rot-Grün) sind erschwert, wenn nicht gar unmöglich geworden, jedenfalls gegenwärtig. Angesichts des Weimarer Traumas gelten Minderheitsregierungen nicht als sinnvolle Alternative, schon gar nicht für den Bund. Und aus der Not geborene lagerübergreifende Dreier-Bündnisse, von den Wählern nicht „abgesegnet“ und mit Reibungsverlusten behaftet, provozieren neue Konflikte. Die zwei „Ampel“-Koalitionen in Brandenburg und Bremen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre scheiterten vor Ablauf der Legislaturperiode; auch das 2009 gebildete schwarze „Ampel“-Bündnis im Saarland brach 2012 vorzeitig auseinander.

Der Ausblick auf die Bundesländer führt mit Blick auf die Koalitionskonstellation 2017 im Bund wenig weiter. Hier haben wir einen Flickenteppich an unterschiedlich zusammengesetzten Regierungen, wobei früher übliche Koalitionen (Schwarz-Gelb bzw. Rot-Gelb) fehlen. Unter Berücksichtigung der Größenverhältnisse: SPD und Grüne (4x); CDU und SPD (2x); SPD und CDU (1x); SPD, Grüne und SSW (1x); SPD, FDP, Grüne (1x); SPD und Linke (1x); SPD, Linke und Grüne (1x); Linke, SPD und Grüne (1x); CDU und Grüne (1x); CDU, SPD und Grüne (1x); Grüne und CDU (1x); CSU (1x). Die SPD ist allein an 13 Landesregierungen beteiligt, Bündnis 90/Die Grünen immerhin an elf, die Union an sieben, die Partei Die Linke an drei, die FDP an einer einzigen. Bis 2012 gab es im Saarland eine schwarze „Ampel“-Koalition, bis 2014 in Sachsen ein CDU-FDP-Bündnis, bis 2015 in Hamburg eine Alleinregierung der SPD; und es bestand zeitweilig eine Reihe von Minderheitsregierungen, zuletzt von 2010 bis 2012 in Nordrhein-Westfalen. Wie schnell die Konstellationen sich ändern können, zeigt etwa Baden-Württemberg und Thüringen: Die Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (seit 2011) und Bodo Ramelow (seit 2014) stammen weder aus den Reihen der Union noch aus denen der SPD.⁸ Zehn Jahre zuvor hätte dies als nahezu ausgeschlossen gegolten.

Sollte ein Bündnis der Union mit der FDP im Bund wider Erwarten nicht an der Arithmetik scheitern, ist diese lagerinterne Zweierkoalition am wahrscheinlichsten. Angesichts der Öffnung der SPD und der Grünen für andere Optionen liegt eine lagerexterne Zweierkoalition von Union und Grünen im realistischen Bereich, ebenso eine lagerexterne Dreierkoalition (Schwarz-Grün-Gelb), weniger ein rot-rot-grünes Bündnis (eine lagerinterne Dreierkoalition). Trotz der mangelnden Übertragbarkeit der Koalitionsbündnisse von den Ländern auf den Bund: Für die SPD ist das thüringische Expe-

riment 2014 (und das Berliner Experiment 2016) so wichtig wie das hessische 2013 für die Union (und das sachsen-anhaltische 2016), obgleich beide Seiten von einem „Testfall“ nichts wissen wollen, um nicht die eigene Klientel zu irritieren.

Eine Koalition zwischen Schwarz und Grün, zuweilen als Bündnis der „neuen Bürgerlichkeit“ (Volker Kroneberg) apostrophiert, ist unter demokratietheoretischen Aspekten sinnvoll – zum einen, weil es aus eindeutig demokratischen Kräften besteht, zum anderen, weil es lediglich zwei Parteien umfasst. Das in Dreier-Koalitionen angelegte Konfliktpotential wäre ungleich größer. Allerdings: Ein solch lagerexternes Bündnis würde den ohnehin (zu) stark konsensdemokratisch ausgerichteten Charakter des politischen Systems weiter festigen. Ein „Projekt“ ist Schwarz-Grün nicht, erst recht nicht Schwarz-Grün-Gelb, ebenso nicht Rot-Grün-Gelb (wohl weder arithmetisch noch politisch „machbar“). Allerdings sind solche Zweckbündnisse wohl besser als Große Koalitionen oder Bündnisse unter Einbeziehung einer nicht klar zum Verfassungsbogen zu rechnenden Kraft. Eine rot-rot-grüne Koalition stellt „kein mobilisierungsträchtiges Projekt“⁴⁹ dar.

Für die Bundestagswahl ergibt sich angesichts des asymmetrischen Parteiensystems folgendes Szenario: Der Union ist die Kanzlerschaft wohl nicht zu nehmen, denn die drei Linksparteien (SPD, Grüne, Die Linke) dürften weniger Stimmen einheimen als die drei anderen politischen Konkurrenten, hohe Volatilität eingerechnet, sofern die SPD ein solches Bündnis überhaupt in Erwägung zieht. Der Vorsprung der Union gegenüber der SPD betrug im Januar 2017 bei acht Instituten zwischen elf und 17 Prozentpunkten (vgl. Tabelle 4). Hingegen verbesserten sich die Ergebnisse der Umfragen nach der Kandidatenkür von Martin Schulz in einer geradezu atemberaubenden Geschwindigkeit. Die Werte für die SPD schossen geradezu explosionsartig nach oben. Die Resultate der sechs Institute, von denen bis Mitte Februar Umfragen vorlagen, sehen wie folgt aus: Der Vorsprung der Union gegenüber der SPD ist auf ein bis sechs Punkte geschmolzen; in einem Fall führt sogar die SPD mit einem Prozentpunkt.¹⁰ Ob dies ein Strohfeuer ist? Niemand weiß es! Sollte sich die SPD am 24. September wider Erwarten vor der Union platzieren, müsste sie nicht auf Rot-Rot-Grün setzen, sondern könnte eine Große Koalition unter ihrer Führung anstreben. Die Frage nach dem Koalitionspartner bzw. den Koalitionspartnern hängt von vielen Unwägbarkeiten ab: Sollte ein Zweierbündnis (die Union mit einer kleinen Partei) an der Arithmetik scheitern und die SPD gegen die Fortsetzung der ungeliebten Großen Koalition votieren, könnte die Union gemeinsam mit den Grünen und den Liberalen ein lagerübergreifendes Bündnis bilden.

Tabelle 4: „Sonntagsfrage“ Bundestagswahl (in Prozent)

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Institut	Allensbach	Emnid	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Ipsos
Veröffentlich.	22.12.16	14.1.17	18.1.17	13.1.17	5.1.17	5.1.17	17.1.17	27.12.16
CDU/CSU	35,0	37,0	38,0	36,0	36,0	37,0	33,5	33,0
SPD	22,0	21,0	21,0	21,0	20,0	20,0	21,0	22,0
GRÜNE	10,0	10,0	9,0	10,0	10,0	9,0	8,5	10,0
FDP	7,5	6,0	6,0	7,0	7,0	5,0	7,5	6,0
DIE LINKE	9,5	10,0	9,0	10,0	10,0	9,0	11,0	11,0
AfD	10,5	12,0	11,0	13,0	13,0	15,0	13,5	13,0
Sonstige	5,0	4,0	5,0	5,0	4,0	5,0	5,0	5,0

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/> (20.1.2017).

Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten ist es betrüblich, dass der Bürger „nur“ für eine Partei votiert, nicht aber für eine Regierung. Das Dilemma stellt sich besonders für das Elektorat der Grünen, die nach zwölf Jahren Opposition im Bund wieder in die Regierung drängen. Zum einen bieten sich ihnen besonders viele Optionen, zum anderen haben sie in einer Regierung weniger Einfluss als eine Volkspartei. Insofern wäre gerade für ihre Wähler die erste Koalitionspräferenz der Partei wichtig, spielt es doch eine große Rolle, ob die Grünen eine Koalition mit der Union (und gegebenenfalls der FDP) eingehen oder mit der SPD und der Partei Die Linken. Die Prognose, dass nach einem Koalitionsvotum, wie immer es aussehen mag, ein Teil der Mitglieder der Partei den Rücken kehrt, dürfte nicht zu kühn sein. Das Problem ließe sich für die Grünen dadurch entschärfen, schliesse die SPD vor der Wahl ein Bündnis mit der Partei Die Linke kategorisch aus. Die Partei wäre des Buridanischen Paradoxons enthoben. Sie müsste „nur“ abwägen, ob sie einem Bündnis mit der Union (und gegebenenfalls den Liberalen) zustimmt oder sich ihm verweigert. Und das kann schwierig genug sein.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2014; Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015; Harald Schoen/Bernhard Weßels (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2016.
- 2 Vgl. beispielsweise Frank Decker/Anne Küppers, Formen der Stimmabgabe: Höhere Beteiligungsraten durch bequemeres Wählen?, in: Tobias Mörschel (Hrsg.), Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts, Baden-Baden 2016, S. 141-163.
<https://doi.org/10.5771/9783845278223-141> Siehe auch Roland Sturm, Wählen im Supermarkt, in: Gesellschaft • Wirtschaft • Politik 64 (2015), S. 5-7.
- 3 Vgl. Oskar Niedermayer, Parteiensysteme, in: Oscar W. Gabriel/Sabine Kropp (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 360.
- 4 Vgl. Erik Schlegel, Quo vadis Piratenpartei? Analyse der politischen Wettbewerbsfaktoren zur (Nicht-)Etablierung im Parteiensystem, Baden-Baden 2016.
- 5 Die folgenden Angaben beziehen sich auf den Beitrag von Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2015, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2016), S. 411-436.
<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2016-2-411>
- 6 Vgl. zu dieser lagerübergreifenden Koalitionsvariante Christoph Weckenbrock, Schwarzgrüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden 2016.
- 7 Vgl. Roland Sturm, Gebremster Neustart? Regierungsbildung in der Finanzkrise, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2009, München 2010, S. 512.
- 8 In den über 60 Jahren zuvor war dies mit Reinhold Maier in Baden-Württemberg (1952-1953; FDP) und Heinrich Hellwege (1955-1959; Deutsche Partei) ebenso nur zweimal der Fall.
- 9 So Gero Neugebauer/Richard Stöss, Den Zenit überschritten: Die Linkspartei nach der Bundestagswahl 2013, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 170.
- 10 Vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/> (16.1.2017)

Politik und Geschlecht aktuell



Madeline Doneit, Bettina Lösch,
Margit Rodrian-Pfennig (Hrsg.)

Geschlecht ist politisch

Geschlechterreflektierende
Perspektiven in der politischen
Bildung

2016. 252 S. Kt.
28,00 € (D), 28,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-0651-8
eISBN 978-3-8474-0247-3



Gesine Fuchs, Silke Bothfeld,
Andrea Leitner, Sophie Rouault

Gleichstellungspolitik öffentlicher Arbeitgeber

Betriebliche Gleichstellung
in den Bundesverwaltungen
Deutschlands, Österreichs und
der Schweiz

2016. 254 S. Kt.
34,90 € (D), 35,90 € (A)
ISBN 978-3-8474-0191-9
eISBN 978-3-8474-0414-9



www.shop.budrich-academic.de